

Antrag des Erlanger Jugendparlaments

Fridays For Future Erlangen fordert

Ausrufung des Klimanotstands

Unter Berufung auf Artikel 20 a des Grundgesetzes fordern wir - junge Menschen von Fridays For Future - die Ausrufung des Klimanotstands für Erlangen:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Der Klimawandel ist seit 40 Jahren bekannt. Aller Warnungen der Wissenschaft zum Trotz steigen die CO₂-Emissionen und damit die Erderwärmung immer weiter. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben uns nur noch 11 Jahre um die Erderwärmung auf 1,5-Grad zu begrenzen und damit die verheerendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden. Unsere Zukunft und der Fortbestand unseres Planeten stehen auf dem Spiel. Wir müssen daher jetzt handeln - auf Kommunalebene, Landesebene, Bundesebene und internationaler Ebene.

Die Ausrufung des Klimanotstandes ist nicht nur eine Entscheidung mit Signalwirkung und ein Bekenntnis zur Zukunft der jungen Menschen in Erlangen, sondern bildet die Grundlage um Klimaschutzmaßnahmen in Erlangen schneller umzusetzen und dafür benötigte Geldmittel umzuwidmen.

Wir fordern explizit:

- Der Erlanger Stadtrat erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- Der Erlanger Stadtrat wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
- Der Erlanger Stadtrat orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- Der Erlanger Stadtrat fordert, dass die Regierung die Bevölkerung Erlangens und Umgebung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informiert.
- Der Erlanger Stadtrat wirbt aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels.

Setzen Sie mit der Ausrufung des Klimanotstands ein Signal gegen den Klimawandel und für unsere Zukunft!

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang:	27.05.2019
Antragsnr.:	084/2019
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	OBM/13
mit Referat:	